

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Band: 51 (1978-1979)

Heft: 12

Artikel: Bildungskonzept der CVP = Conception de la formation du PDC

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-851982>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bildungskonzept der CVP

Die CVP der Schweiz will mit ihrem Bildungskonzept die Weichen für eine Bildungspolitik stellen, die dem Einzelnen *mehr Chancen auf bessere Lebensqualität einräumt*. Das von der Studiengruppe für Bildungspolitik (Leitung: Nationalrat Dr. Alfons Müller-Marzohl, Luzern) erarbeitete Konzept geht von der Tatsache aus, daß sich dem künftigen Bildungssystem völlig neue Aufgaben stellen.

Bildungsstätten sollen dem Lernenden *Lebenshilfe* bieten und ihn auf seine Aufgaben vorbereiten. Schule und Bildungssystem müssen daher zwingend Probleme der Lebensbewältigung, der Politik, der sozialen Umwelt, des kulturellen Lebens, der Freizeit und der internationalen Verflechtung der Schweiz berücksichtigen. Für die heutige Schule gilt noch immer die *Wissensvermittlung als erstes Ziel*, während *soziale Erfahrungen* nur unbewußt und nicht zielgerichtet miteinbezogen werden und der Vorbereitung der Jugend auf die Arbeitswelt nicht genügend Rechnung getragen wird.

Nach Ansicht der CVP der Schweiz sind zahlreiche *soziale Barrieren zu beseitigen*. Sie tritt deshalb für die Einführung des mindestens einjährigen Kindergartens in allen Gemeinden ein; die Kantone sollen diese Einrichtungen subventionieren. Das Stipendienwesen ist auszubauen und wirksam zu koordinieren. Der Anteil der ungelerten Jugendlichen (inkl. Ausländerkinder) ist möglichst tief zu halten.

Wirksam fördern

Der Lehrplan der *Grundausbildung* muß beweglich sein und Raum freilassen für Kreativität und Einzel- oder Gruppenarbeit. Er darf nicht auf einem Selektionssystem beruhen. Die Arbeit der Kinder ist zu erleichtern

(Verringerung oder Aufhebung der Hausaufgaben), die Schulstundenzahl ist zu senken. Der Einfluß der Eltern auf die Schule ist zu verstärken. Im nationalen Interesse ist die zweite Fremdsprache von der Mittelstufe der Primarschule an einzuführen. Obschon die föderalistische Struktur des Bildungswesens erhalten bleiben muß, ist die Bildungs-koordination energisch voranzutreiben (Lehrpläne, Einschulung, Dauer des Schulobligatoriums, Uebergänge, Schuljahresbeginn, Schultypenbezeichnung, Stipendienordnung). Auf der *Sekundärstufe I* (letzte 3-4 Jahre des Obligatoriums) ist der übermäßige Wettbewerbscharakter dieser Schulen auszuschalten. Das zweite Ziel, Lernen lehren, ist durch eine anspruchsvollere Ausbildung des Lehrkörpers in Pädagogik und Psychologie erreichbar. Am Ende der Orientierungsstufe ist dem Heranwachsenden mit einem *fakultativen Orientierungsjahr* zu helfen, seine Entscheidung bezüglich Berufslehre oder Studium in Kenntnis aller Möglichkeiten besser als bisher zu treffen.

Die *Berufsausbildung* soll sich nicht auf das Erlernen eines «Brotberufes» beschränken, sondern die Anstrengungen der vorhergehenden Schulen für die Vermittlung einer Allgemeinbildung neben dem Berufsunterricht weiterführen, spätere Spezialisierung erlauben, den Weg zu weiteren Berufszweigen öffnen und auf soziale und geografische Beweglichkeit vorbereiten. Für junge Arbeitslose sind kostenlose Kurse vorzusehen. Nötigenfalls sind staatliche Berufsschulen zu schaffen, um die steigende Nachfrage nach Lehrstellen zu befriedigen.

Bezüglich der *Sekundärstufe II* (Maturitätsschulen, allgemeinbildende Schulen) ist zu betonen, daß nicht die Stofffülle, sondern die Ver-

Liebe Leser

In dieser Nummer finden Sie in deutscher und französischer Sprache die Zusammenfassung eines im Februar veröffentlichten Bildungskonzeptes der Studiengruppe Bildungspolitik der CVP der Schweiz unter dem Präsidium von Nationalrat Dr. Alphons Müller-Marzohl. Speziell abgedruckt wurde der Abschnitt über Privatschulen, der für uns von großem Interesse ist. Im weiteren finden Sie die Notiz über einen Rettungsversuch für das Gymnasium Schloß Glarisegg.

Als Redaktor der SER muß ich Sie orientieren, daß die Schweizer Erziehungs-Rundschau in der vorliegenden Form, d. h. gemeinsam mit der Heilpädagogischen Rundschau, zum letzten Mal im März 1979 erscheint. Ab April 1979 werden die beiden Zeitschriften getrennt, in neuer Aufmachung und zum Teil in neuem Format erscheinen. Anlaß für die Auflösung der nicht unglücklichen Ehe der beiden Zeitschriften war die Kündigung des Vertrages durch den Verleger. Die beiden Redaktoren haben versucht, die Zeitschrift in der bisherigen Form weiterzuführen. Von Seiten der Heilpädagogischen Gesellschaft zeichnete sich aber eindeutig der Wille ab, in Zukunft allein zu gehen. Im Gegensatz zu der heute im Pressewesen üblichen Konzentration zeichnet sich hier eine andere Entwicklung ab. Das Zentralkomitee des Verbandes Schweizerischer Privatschulen hat an seiner Sitzung vom 24. Februar 1979

Inhalt / Sommaire

Bildungskonzept der CVP	261
Conception de la formation du PDC	262
Rettung für das Gymnasium Schloß Glarisegg	267
Mitteilungen des Verbandes Schweiz. Privatschulen	271
Studienwochen 1979 in Aletschwald	272
Buchbesprechungen	272

in Bern beschlossen, die Schweizer Erziehungs-Rundschau allein weiterzuführen. Es wünscht dem bisherigen Partner, der Heilpädagogischen Gesellschaft und der Heilpädagogischen Rundschau, für die Zukunft ein gutes Gedeihen, und es hofft, daß auch die Erziehungs-Rundschau in Zukunft gedeihen und an Profil gewinnen wird. Die Redaktion im speziellen erwartet, daß Sie, lieber Leser, auch in Zukunft unserer Zeitschrift Ihre Aufmerksamkeit schenken werden.

Haunler

mittlung von Grundbegriffen und allgemeinen Kenntnissen, der Einblick in Zusammenhänge und das Verständnis für neue Theorien und Methoden maßgebend sein müssen. Eine weitere Typisierung (mit Ausnahme des musischen Typs) ist nicht angezeigt, dagegen das stärkere Wecken der Mitverantwortung für die Gesellschaft.

Leistung und ihre Beurteilung

Schule und Wirtschaftssystem können ohne Anstrengung und Leistung nicht bestehen. Die heutige Leistungsschule aber zwingt den Schüler zur Reproduktion von Stoffen, statt ihn anzuleiten, selbständig zu arbeiten. Wichtigste Gegenmaßnahme ist eine ganzheitliche Erziehung im Sinne Pestalozzis: Hauptgewicht auf Vermittlung der Methoden, Befreiung der Programme vom Nebensächlichen, Ersetzung der Examen durch ständige Kontrollen, gezielte Förderung der Persönlichkeit der Kinder.

Behinderten ist die Bildung wenn immer möglich an den öffentlichen Schulen zu erteilen, um sie einzugliedern und anzunehmen. Das bedingt eine bessere Ausbildung der Erzieher. Für den Schutz suchtfährdeter und die Bildung straffälliger Jugendlicher muß ein neues Denken gefördert werden, weil sie häufig nicht die benötigten pädagogischen und psychologischen Hilfen erhalten.

Lebenslanges Lernen

Die CVP der Schweiz unterstützt das von der Schweizerischen Vereinigung für Erwachsenenbildung vorgelegte «*Gesamtkonzept für die Erwachsenenbildung in der Schweiz*». Die *private Initiative* ist zu begrüßen. Uebrigens ist es notwendig, den verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rahmen zu schaffen, in dem die Erwachsenenbildung zum anerkannten und geförderten Teil des Bildungswesens werden kann. Die Zusammenarbeit *zwischen privaten und öffentlichen Institutionen ist zu verstärken*, um mehr Uebersicht und Arbeitsteilung zu ermöglichen. Um Mißbräuche zu beseitigen, sind für den Fernunterricht eine Qualitätskontrolle und ein Verbot unlauterer Werbe- und Verkaufspraktiken nötig.

Der *Lehreraus- und -fortbildung* ist hohe Bedeutung beizumessen. Der Lehrer wird nicht mehr in erster Linie Informator und Wissensvermittler, sondern Anreger und Begleiter sein. Er benötigt eine Ausbildung, mit der er gruppenspezifische Prozesse überwachen und die technologischen Mittel richtig nutzen kann. Jeder Lehrer sollte nach einer bestimmten Zeit für einige Monate in einem anderen Beruf arbeiten und Erfahrungen sammeln können. Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist zu verstärken.

Mehr Mittel für die Hochschulen

Die CVP der Schweiz unterstützt die Förderung der Hochschulen und der Forschung durch den Bund; dessen Anteil an die Finanzierung der Hochschulinstitutionen ist zu vergrößern. Gleichzeitig sind alle Nicht-hochschulkantone an der Finanzie-

rung zu beteiligen. Die Mittel sind zweckmäßig und sparsam einzusetzen. Zulassungsbeschränkungen sind abzulehnen.

Die *Bildungsforschung* ist zu verstärken, weil nur so eine zusammenhängende, umfassende und kontinuierliche Bildungspolitik zum Ziel gelangen kann. Nur mit einem Bildungssystem, das ständig weiterentwickelt und nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen ausgestaltet wird, dürfte sich die rohstoffarme Schweiz künftig behaupten können.

Für einen neuen Bildungsartikel

Die Forderung, allen Eltern die Möglichkeit zu geben, diejenige Schule zu wählen, die ihrem Kind am besten entspricht, findet in der europäischen Menschenrechtskonvention und in der Sozialcharta ihre Rechtfertigung. Die Freiheit dieser Wahl ist auch in der Schweiz fast überall ausdrücklich garantiert; sie ist in einem neuen Bildungsartikel zu berücksichtigen.

Die *Privatschulen* sind als wertvolle Ergänzung des staatlichen Bildungssystems zu betrachten und deshalb vom Staat mitzuunterstützen, damit sie nicht zu «Schulen der Reichen» werden, sondern ihren sozialen Charakter behalten können. Die *Bildung der Leiter von Jugendorganisationen* ist durch eine teilweise staatliche Subvention zu fördern, damit jede Person, die sich der Jugend annehmen will, neben den technischen auch die pädagogischen Kenntnisse dafür erwerben kann. Auf pädagogische Richtlinien des Staates ist zu verzichten, dagegen dürften sich neue rechtliche Grundlagen aufdrängen.

Conception de la formation du PDC

En présentant sa conception de la formation, le PDC suisse entend poser les jalons d'une politique de la formation qui accorde à l'individu davantage de chances d'atteindre à un meilleure qualité de la vie. La conception élaborée par le groupe d'étude pour la politique de la formation (direction: conseiller national Alfons Müller-Marzohl, Lu-

cerne) part du fait que le futur système de formation devra faire face à des tâches entièrement nouvelles.

Le centre de formation doit fournir à l'élève une aide pour la vie et le préparer à ses tâches. C'est pourquoi l'école et le système de formation doivent de toute urgence aborder les problèmes de la vie, de la politique, du monde du travail, du

milieu social, de la vie culturelle, des loisirs et des rapports de la Suisse avec les autres pays. Pour l'école actuelle, le but premier est encore et toujours la transmission du savoir, alors que les expériences sociales n'y trouvent place qu'inconsciemment et incidemment et qu'elle ne tient pas assez compte de la préparation de la jeunesse à la vie de travail.

Le PDC suisse pense que de nombreuses *barrières sociales* doivent être *éliminées*. Aussi préconise-t-on l'introduction dans toutes les communes de l'école enfantine d'une année au moins, que les cantons doivent subventionner. Le système des bourses devrait être développé et coordonné de manière efficace. Il faut faire en sorte que la proportion des jeunes sans formation (enfants étrangers compris) soit la plus faible possible.

Encourager efficacement

Le programme de la *formation primaire* doit être souple et laisser de la marge pour les activités de création et le travail individuel ou de groupe. Il ne doit pas reposer sur un système de sélection. On facilitera le travail des enfants (diminution ou suppression des devoirs à la maison), on réduira le nombre des heures de classe. L'influence des parents sur l'école doit être renforcée. Dans l'intérêt national, l'enseignement de la deuxième langue étrangère doit être introduit à partir du degré moyen de l'école primaire. Bien que la structure fédéraliste de notre système de formation doive être maintenu, il importe d'activer énergiquement la coordination de la formation (programmes, scolarisation, durée de la scolarité obligatoire, passage d'un degré à l'autre, début de l'année scolaire, désignation des types scolaires, régime des bourses). Au *premier degré secondaire* (trois à quatre dernières années de scolarité obligatoire), on éliminera le caractère d'émulation exagérée de ces écoles. Le second but, qui est d'enseigner à apprendre, peut être atteint par une formation plus exigeante du corps enseignant en pédagogie et en psychologie. A la fin

du degré d'orientation, on accordera à l'adolescent une *année d'orientation facultative*, pour l'aider à prendre sa décision concernant l'apprentissage ou les études en pleine connaissance de toutes les possibilités qui s'offrent.

La *formation professionnelle* ne doit pas se limiter à l'apprentissage d'un «gagne-pain», mais poursuivre les efforts des écoles précédentes pour transmettre une formation générale à côté de l'enseignement professionnel, permettre une spécialisation ultérieure, ouvrir la voie vers de nouveaux secteurs professionnels et préparer à une certaine mobilité sociale et géographique. Des cours gratuits doivent être prévus pour les jeunes sans travail. Au besoin, des écoles professionnelles publiques seront créées, pour répondre à la demande croissante de places d'apprentissage.

En ce qui concerne le *deuxième degré secondaire* (classes de maturité, classes de formation générale), ce n'est pas l'abondance des matières qui compte avant tout, mais la transmission de notions de base et de connaissances générales, une vue synthétique des problèmes et de la compréhension pour les théories et les méthodes nouvelles. Il n'est pas indiqué de poursuivre la standardisation (à l'exception du type artistique), mais bien, en revanche, d'éveiller plus fortement le sens de la responsabilité commune dans la société.

Le rendement et son appréciation

L'école et le système économique ne peuvent subsister sans rendement. Mais l'école actuelle basée sur le rendement force l'élève à reproduire des matières, au lieu de l'amener à travailler par lui-même. La principale mesure à prendre contre cette tendance est une éducation globale au sens où l'entendait Pestalozzi: mettre l'accent sur l'enseignement des méthodes, libérer les programmes de tout ce qui est accessoire, remplacer les examens par des contrôles permanents, développer de manière appropriée la personnalité de l'enfant.

Dans toute la mesure du possible, la formation sera donnée aux *handi-*

capés dans les écoles publiques, afin de mieux les intégrer. Cela exige une meilleure formation des éducateurs. Pour la protection des jeunes exposés à la drogue et la formation des jeunes délinquants, tout le système est à revoir, parce que souvent ces sujets ne reçoivent pas les secours pédagogiques et psychologiques dont ils ont besoin.

Apprendre sa vie durant

Le PDC suisse appuie la «conception globale de la formation des adultes en Suisse», présentée par la Fédération suisse pour l'éducation des adultes. L'initiative privée est la bienvenue. Outre cela, il est nécessaire de créer le cadre constitutionnel et légal dans lequel la formation des adultes pourra être reconnue et encouragée en tant que partie du système de formation. La collaboration entre les institutions privées et publiques doit être renforcée, pour permettre une meilleure vue d'ensemble et une meilleure répartition du travail. Afin d'éliminer les abus, il est nécessaire d'établir un contrôle de la qualité pour l'enseignement par correspondance et d'interdire les pratiques douteuses en matière de publicité et de vente.

On attribuera une grande importance à la *formation et au perfectionnement des maîtres*. Le maître ne devra pas être avant tout un agent transmetteur d'informations et de savoir, mais un guide et un compagnon. Il doit avoir une formation qui lui permette de contrôler les processus de dynamique de groupe et d'utiliser à bon escient les moyens technologiques. Après un certain temps, chaque enseignant devrait pouvoir travailler durant quelques mois dans une autre profession et accumuler des expériences. La collaboration avec les parents devrait être renforcée.

Davantage de moyens pour les hautes écoles

Le PDC suisse approuve l'aide accordée aux hautes écoles et à la recherche par la Confédération; la part de cette dernière au financement des institutions universitaires

doit être augmentée. Les cantons non universitaires, eux aussi, devront participer au financement. Les fonds devront être utilisés de façon appropriée et économique. Les restrictions en matière d'admissions sont à rejeter.

La recherche dans le domaine de la formation doit être renforcée, car c'est le seul moyen de faire aboutir une politique de la formation concrète et continue. C'est uniquement avec un système de formation capable de se développer en permanence et de s'adapter aux besoins de la société que la Suisse, pauvre en matières, pourra s'affirmer à l'avenir.

Pour un nouvel article constitutionnel

L'exigence concernant la possibilité pour les parents de choisir l'école qui convient le mieux à leur enfant trouve sa justification dans la

Convention européenne des droits de l'homme et dans la Charte sociale. En Suisse également, la liberté de ce choix est garanti presque partout; elle doit être envisagée dans un nouvel article constitutionnel.

Les écoles privées doivent être considérées comme un complément précieux du système public de formation et par conséquent soutenu par l'Etat, afin qu'elles ne deviennent pas des «écoles de riches», mais qu'elles puissent conserver leur caractère social. La formation des moniteurs d'organisations de jeunesse doit être subventionnée en partie par l'Etat, afin que toute personne désireuse de se consacrer à la jeunesse puisse acquérir des connaissances non seulement techniques, mais aussi pédagogiques. On renoncera à des directives pédagogiques de la part de l'Etat; en revanche, de nouvelles bases juridiques semblent s'imposer en la matière.

PRIVATSCHULEN

Die Forderung, allen Eltern die Möglichkeit zu geben, diejenige Schule zu wählen, die ihrem Kind am besten entspricht, findet in der europäischen Menschenrechtskonvention und in der Sozialcharta ihre Rechtfertigung. Die Freiheit dieser Wahl ist auch in der Schweiz fast überall ausdrücklich garantiert; sie soll in einem neuen Bildungsartikel berücksichtigt werden.

Den Wert privater Schulen sehen wir in folgendem: Sie betonen oft die persönliche Bildung stärker, gehen häufig besser auf das Individuum ein und ihr Unterricht ist oft stärker von geistigen Werten geprägt, ohne die eine Erziehung nicht möglich ist. Auch der gesamt menschliche Einsatz der Lehrer ist in den Privatschulen oft auffallend groß und dementsprechend pädagogisch wirksam.

Wir betrachten die guten Privatschulen deshalb als eine wertvolle Ergänzung des staatlichen Bildungssystems. Nicht selten ergibt sich aus dem Nebeneinander privater und staatlicher Schulen eine gegenseitige Befruchtung. Diese Schulen dürfen

aber nicht zu «Schulen der Reichen» werden, sondern sie sollen ihren sozialen Charakter behalten.

Um wirklich «Alternativen» darstellen zu können, dürfen diese Schulen finanziell nicht voll zu Lasten der Eltern gehen, weil sonst leicht eine Diskriminierung der Nichtbemittelten entsteht. Der Staat soll also diese Institutionen mitunterstützen und ihnen wohlwollend gegenüberstehen.

Besonders in den vielen Fällen, in denen es wegen der familiären Verhältnisse angezeigt ist, einem jungen Menschen eine pädagogische Sonderleistung zu erbringen (die manchmal aber auch wegen eines Ungenügens öffentlicher Schulen notwendig ist), erwächst dem Staat die Pflicht, diesen Besuch zu erleichtern. Ein Unterricht, der sorgfältiger auf die Bedürfnisse des Schülers eingeht, beseitigt ja oft in kurzer Zeit Frustrationen und Versagen. Dies liegt nicht nur im Interesse des Kindes und der Eltern, sondern deutlich genug auch im Interesse des Staates. Aber auch die Wahl einer Privatschule, von der sich die Eltern we-

gen ihres geschlossenen pädagogischen Konzeptes bessere Bildungsaussichten versprechen, darf nicht zum unüberwindlichen finanziellen Hindernis werden. Eine solche Wahl hilft ihnen ja, ihre Verantwortung als Eltern besser zu tragen, was auch im Interesse der Öffentlichkeit liegt.

Mit diesen Feststellungen wird keineswegs eine Konkurrenzierung der staatlichen Schulen durch private verlangt. Es geht vielmehr um eine sinnvolle Ergänzung des Bildungssystems, das im pädagogischen Bereich oft nachweisbare Mängel aufweist.

ÉCOLES PRIVÉES

Le désir de donner la possibilité à tous les parents de choisir l'école qui convient le mieux à leur enfant trouve sa justification tant dans la Convention européenne des droits de l'homme que dans la Charte sociale. La liberté de ce choix, en Suisse également, est garantie expressément presque partout; elle devra figurer dans un article constitutionnel sur la formation.

Nous pensons que les écoles privées offrent certains avantages. Elles insistent plus particulièrement sur le côté personnel de la formation, s'adaptent mieux à l'individu, et, leur enseignement est plus fortement marqué par ces valeurs spirituelles sans lesquelles aucune éducation n'est possible. Même l'engagement des maîtres au point de vue humain, dans les écoles privées, est étonnement grand et, par conséquent, pédagogiquement efficace.

C'est pourquoi nous considérons les bonnes écoles privées comme un complément précieux au système public de la formation. Il n'est pas rare que la proximité d'écoles privées et publiques ait pour effet un enrichissement réciproque. Mais il ne faut pas que les écoles privées deviennent des «écoles pour les riches»; elles doivent garder leur caractère social.

Pour qu'elles puissent constituer véritablement des «alternatives», ces écoles ne doivent pas être entièrement à la charge des parents, sinon